

Landesgeschäftsstelle
Eugen-Richter-Str. 44
99085 Erfurt
Telefon 0361 / 6011130
Telefax 0361 / 6011141
Igst@die-linke-thueringen.de
www.die-linke-thueringen.de
Bankverbindung:
Sparkasse Mittelthüringen
IBAN: DE10820510000130029459

**BIC: HELADEF1WEM** 

# Wahlprüfsteine der Architektenkammer Thüringen zu den Landtagswahlen 2019 - Antwort der Partei DIE LINKE THÜRINGEN

#### 1. Baukultur und Nachhaltigkeit stärken

- a. Setzen Sie sich für die Gründung eines Zentrum Baukultur Thüringen ein? +
- b. Unterstützen Sie die Arbeit der Stiftung Baukultur Thüringen?

Wir unterstützen als Linke Ihre Forderung, die Baukultur in Thüringen zu stärken und eine Plattform einzurichten, um vorhandene Kompetenzen zu bündeln und weiterzuentwickeln. Auch schätzen und unterstützen wir die kompetente und engagierte Arbeit der Stiftung Baukultur Thüringen.

Von der Brooklyn Bridge bis zum erst kürzlich verliehenen Thüringer Staatspreis 2019 haben Ingenieurleistungen aus Thüringen über viele Generationen Weltruhm oder weltweite Aufmerksamkeit erlangt. Wir wollen die Thüringer Forschungslandschaft in den Bereichen Materialforschung, ressourcenschonende und regionale Baustoffmaterialien und Stoffströme erweitern mit der Einrichtung von Lehrstühlen und Forschungsverbunden. Die Bauhaus-Universität Weimar forscht seit Jahren im Bereich Baustoffentwicklung, die Hochschule Nordhausen hat einen Forschungsschwerpunkt zu Ressourcen- und Energieeffizienz und die TU Ilmenau forscht im Bereich Werkstoffwissenschaften u.a. Ein Forschungsverbund zwischen Thüringer Hochschulen und Forschungsstandorten in Nachbarbundesländern und Nachbarstaaten soll die Verwendung von nachhaltigen, nachwachsenden und regionalen Rohstoffen vorantreiben, beispielsweise den Holzbau. Mit den Landesverbänden der Holz- und Kunststoffindustrie und der Landesregierung gibt es derzeit schon regelmäßige Kontakte und Gespräche, um den Freistaat Thüringen im Umgang mit natürlichen Ressourcen für die Zukunft neu aufzustellen. Ebenfalls können die Projekte der Internationalen Bauausstellung Thüringen mit ihren zukunftsweisenden Ideen und Anregungen hier mit einbezogen werden.

Wir wollen der Baukultur in Thüringen einen höheren Stellenwert einräumen und einen ressortübergreifenden Austausch mit Verbänden, Kammern, Kommunen und politischen Institutionen organisieren und dies auch in einem zukünftigen Koalitionsvertrag verankern.

c. Fördert und sichert Ihre Partei die Revitalisierung des ländlichen Raums?

Die Stärkung und Revitalisierung des ländlichen Raums sehen wir als eine der wesentlichen Aufgaben und Herausforderung der nächsten Jahre in Thüringen. Die Folgen und Herausforderungen des demografischen Wandels sowie die notwendige Energiewende sind hierbei untrennbar mitzudenken. Der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist erklärtes Ziel der Thüringer Landesentwicklung. Die rotrotgrüne Landesregierung hat in der laufenden Legislatur mit zahlreichen Maßnahmen, der Einführung und Weiterentwicklung von Landesprogrammen, neuen Strategien und Entwicklungskonzepten die ländlichen Räume gestärkt.

Die demografische Entwicklung wollen wir als Chance zur Umgestaltung nutzen. Altersgerechte barrierefreie Zugänge zu allen Lebensbereichen wollen wir schaffen und ausbauen und das Ehrenamt stärken. Mit einer entsprechenden Sozialplanung soll ein gutes Zusammenleben der Generationen gefördert und die Attraktivität des ländlichen Raums für junge Familien erhöht werden. Als ersten Schritt hat Rot-Rot-Grün das Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" auf den Weg gebracht. Keine Rendite mit der Miete - Wohnen ist ein existenzielles Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. In den wachsenden Regionen ist der Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum groß. Hinzu kommen immer mehr ältere Menschen in ganz Thüringen, die barrierefreien und preiswerten Wohnraum benötigen. Mit gezielten Fördermaßnahmen und Förderprogrammen haben wir in den sozialen Wohnungsbau investiert und diesen damit gestärkt und vorangetrieben. Im März 2019 wurden die neuen überarbeiteten Wohnraumförderrichtlinien für den Sozialen Wohnungsbau 2019 – 2020 vorgestellt. Für die Jahre 2019 und 2020 stehen jeweils 57,4 Mio. Euro finanzielle Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. In weit über 4000 Wohnungen konnten mit dem Barriere-Reduzierungsprogramm Barrieren abgebaut werden. Erstmalig seit 2011 wurden durch die rotrotgrüne Landesregierung wieder Landesmittel für den öffentlichen Personennahverkehr – ÖPNV bereitgestellt. Mit der zusätzlichen Förderung landesweit bedeutsamer Buslinien ist eine bessere Anbindung an die Bahn und der Kommunen untereinander gelungen. Mit dem Azubiticket hat Thüringen ein landesweit gültiges Ticket und Modellprojekt für Auszubildende geschaffen. Dieses Pilotprojekt wollen wir in eine Regelleistung überführen und das Azubiticket auf die Gruppe der Freiwilligendienstleistenden ausweiten. Entsprechende Haushaltsmittel wurden für 2020 eingestellt.

d. Reagiert Ihre Partei auf die Herausforderungen des demografischen Wandels und der Energiewende?

Der demografische Wandel äußert sich auch in Thüringen anhand verschiedener Tendenzen, z. B. darin, dass größere Städte, wie Erfurt oder Jena, Zuwächse in den Bevölkerungszahlen verzeichnen können, einige ländliche Regionen aber eher unter Abwanderung leiden. Eine Folge sind beispielsweise völlig unterschiedliche Anforderungen an die Infrastruktur, u. a. die Energieversorgung. Somit wird angeregt, dass Städte und Gemeinden, Stadtwerke, Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe, die öffentliche Hand, Forschungsstätten, auch Sparkassen und Genossenschaftsbanken sowie die Thüringer Wohnungswirtschaft gemeinsam mit den Bürgern neue Wege gehen. Ein wesentlicher Schlüssel der Umsteuerung ist Energieeffizienz und Dezentralisierung. Die Stromproduktion in Thüringen sollte in Zukunft weitgehend wärmegeleitet sein. Wo Wärme ge- und verbraucht wird, sollte sie zusammen mit der

Industrie in Strom umgewandelt werden. Z. B. steht in Glaswerken Abwärme zur Verfügung, die energetisch genutzt werden könnte. Auf der anderen Seite: Wenn in einem Industriegebiet größere Strommengen benötigt werden, muss eine eigene Kraft-Wärme-Kopplung ermöglicht werden. Es gibt bereits sehr positive Beispiele, wie die Tomatenzuchtanlage Alperstedt mit einer Biogasanlage, eine Nahwärmeversorgung in der Gemeinde Schlöben oder eine Solargemeinde, wie Viernau. Sie sollten beispielgebend für diese Prozesse sein. Wir möchten, dass in Thüringen Energie in Form von Strom und Wärme so weit wie möglich selbst produziert wird. Elektroenergie führt unser Land immer noch zu zwei Dritteln ein. Davon stammt der größte Teil aus Braunkohle- oder Kernkraftwerken. Atomkraftwerke gehen bis 2022 endgültig vom Netz und auch Braunkohleanlagen sind hochgradig klimafeindlich und müssen deshalb durch regenerative Energiequellen ersetzt werden. In Thüringen sind wir schon auf einem guten Weg hin zu mehr Dezentralität in der Energieerzeugung auf der Basis erneuerbarer Energiequellen. Die Potenziale sind aber bei Weitem noch nicht ausgeschöpft.

Mit der Umsetzung des rot – rot – grünen Koalitionsvertrages konnten wir die eingeleitete Energiewende in Thüringen recht erfolgreich weiterführen. Trotzdem gibt es noch große Potenziale, insbesondere bei der Energieeinsparung, die bereits von vielen Akteuren zu recht als der "schlafende Riese" der Energiewende bezeichnet wird. Daher hat sich die Landesregierung auch das Ziel gesetzt, die Gebäudesanierungsquote zu verdoppeln. Die Stadtwerke in Thüringen möchten die Stromversorgung nicht dem Markt und dem Wettbewerb aussetzen, sondern eine kontinuierliche Sicherstellung der dezentralen Energieversorgung garantieren. Auch die Windenergie leistet in Thüringen schon einen wichtigen Beitrag zu einer umweltfreundlichen und dezentralen Energieversorgung. Ein Meilenstein hierfür war die Erstellung des Windkrafterlasses der Landesregierung. In diesem Energiebereich ist es besonders wichtig, Bürger an den Gewinnen aus den Anlagen partizipieren zu lassen. Beim Bau von Windkraftanlagen, welche für Menschen und Natur verträglich sein müssen, hat auch das Siegel "Partner für faire Windenenergie" eine große Bedeutung. Längerfristig besteht der Wunsch unserer Partei, dass sich zunehmend energieautarke Regionen entwickeln können, d. h., dass 100 Prozent der Wärme, der Elektrizität und der Energie für Mobilität lokal erzeugt wird. Die Vorteile liegen auf der Hand: Kaufkraft bleibt in der Region, regionale Wertschöpfung kann sich entwickeln, was wiederum Arbeitsplätze hervorbringen kann. Die Kontrolle über die Energiepreise kann v. a. ebenfalls dezentral erfolgen. Ebenso profitieren die Umwelt und das Klima, weil keine fossilen Energiequellen genutzt werden und CO<sub>2</sub>-Emissionen damit vermieden werden können.

e. Welche Ziele setzen Sie sich im Umgang mit den natürlichen Ressourcen des Freistaates Thüringen?

Zu den natürlichen Ressourcen in Thüringen zählen z. B. ein umweltfreundlicher Energiebereich, die Kreislauf- und Abfallwirtschaft, die Nutzung natürlicher Wasserressourcen und eine nachhaltige Land-, Holz- und Forstwirtschaft. Im Energiebereich möchten wir insbesondere die Solarnutzung bei Strom und Wärme weiter voranbringen. Es geht in diesem Zusammenhang auch um Hybridanlagen, die verschiedene Arten der Stromund Wärmeerzeugung aus regenerativen Quellen (Sonne, Wind, Wasser) miteinander kombinieren. Andererseits existieren auch Unternehmen, die alte oder defekte Solartechnik, wie Solarmodule oder Wechselrichter, recyceln. Die Materialien werden getrennt, neu

verwendet oder ordnungsgemäß entsorgt. Weitere Unternehmen in Thüringen fertigen Produktteile für Windenergieanlagen, z. B. Rotorblätter. Auch Ingenieurdienstleistungen sind im Energiebereich ein weites Einsatzgebiet. Das Thüringer Erneuerbare Energien Netzwerk (ThEEN) bündelt die Kompetenzen und bietet vielfältige Angebote zur Förderung der Branchenentwicklung. In der Thüringer Kreislauf- und Abfallwirtschaft zeichnete sich in den letzten Jahren eine positive Entwicklung für das Segment Technik für die Abfallwirtschaft ab. Große Anlagenbauer und Ingenieurbüros sind insbesondere in diesem Bereich für die Kreislauf- und Abfallwirtschaft ansässig. Exportiert werden insbesondere Abfälle aus Eisen und Stahl sowie Reststoffe der Papierindustrie. Thüringen sollte außerdem zunehmend eine Vorreiterrolle im Umgang mit und beim Recycling von Kunststoffen einnehmen. Ausreichendes und sauberes Wasser ist für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen unentbehrlich. Daher müssen eine ordnungsgemäße Wasseraufbereitung und Abwasserbehandlung und der Grund- und Oberflächengewässerschutz Hand in Hand gehen. Auch in diesem breiten Einsatzgebiet wirkt sich der Klimawandel auf vielfältige Weise aus. Starkregenereignisse können zu Überschwemmungen führen, andererseits häufen sich Dürrezeiten, in denen die Versorgungssicherheit durch entsprechende Infrastrukturen mit effizienten Technologien gewährleistet bleiben muss. Außerdem müssen Finanzmittel auch künftig auskömmlich in die Energieeffizienz von Kläranlagen, in den Hochwasserschutz und die Gewässerunterhaltung investiert werden. Ein gut entwickeltes Marktsegment im Bereich der Thüringer Landwirtschaft stellt die Produktion von Gewürzen, Kräutern und Saatgut nach ökologischen Standards dar. Insgesamt zielt die ökologisch ausgerichtete regionale Landwirtschaft auf Ackerbau und Tierhaltung naturschonend und weitgehend in geschlossenen Kreisläufen. Innovative Fruchtfolgengestaltung, optimaler Düngereinsatz oder der Anbau von Zwischenfrüchten können die Bodenfruchtbarkeit erhöhen und die Biodiversität auf den Feldern verbessern helfen. Überschüssige Nebenprodukte werden teils auch in Biogasanlagen eingesetzt, die zusammen mit Photovoltaikanlagen die Betriebe energetisch versorgen. Thüringer Landwirtschaftsbetriebe wirtschaften zunehmend in Betriebsverbünden oder Genossenschaften. Eine nachhaltige Holz- und Forstwirtschaft hat in Thüringen bereits jetzt eine hohe Bedeutung, die aber mit Sicherheit weiter wachsen wird. Kompetenzschwerpunkte sind in Thüringen ansässige Sägewerke und holzverarbeitende Betriebe. Im Zusammenhang mit den Folgen des Klimawandels werden sich jedoch auch Klimaanpassungsmaßnahmen im Forstbereich erforderlich machen. Auch mögliche Änderungen in der Bauordnung könnten die Branche wandeln. Im Rahmen der Erarbeitung der Energie- und Klimaschutzstrategie wurde eine Reihe von Maßnahmen entwickelt, um die Funktion des Waldes als Kohlenstoffsenke weiter zu erhalten. Es geht z. B. um Aufforstungen von Brachflächen oder die naturverträgliche Einführung von Agroforsten und Kurzumtriebsplantagen zur Gewinnung von Holz.

## 2. Stärkung der Verwaltung

a. Entlastet Ihre Partei die kommunale Verwaltung, ohne sie aus der Verantwortung zu entlassen?

Wir werden die bestehenden Gesetze überprüfen und unnötige Standards zur Beschränkung der kommunalen Selbstverwaltung streichen. Künftig soll stärker vor Ort entschieden werden können, wie Rahmenvorschriften flexibler und bürgerfreundlicher ausgestaltet

werden können. Wir wollen Kommunen dazu anregen und dabei unterstützen, Gemeinwohlbilanzen zu erstellen.

b. Stärkt Ihre Partei die fachliche Kompetenz und die Bürgernähe der öffentlichen Verwaltung?

Wir machen Bedienstete für technische Weiterentwicklungen fit und unterstützen den Weg, Dienstleistungen im Rahmen der Digitalisierung künftig vor Ort und von zuhause bewerkstelligen zu können. Dazu müssen Verwaltungen modernisiert und Ansprechbarkeiten vor Ort durch Bürgerservicebüros für eine flächendeckende Verwaltungsstruktur geschaffen werden. Möglichkeiten der digitalen Verwaltung schöpfen wir aus, dazu ein erstes Digitalisierungs-Gesetz beschlossen und unterstützen Kommunen bis 2022 mit 80 Mio. Euro. Für Verwaltungsauskünfte setzen wir auf ein modernes Transparenzgesetz mit kostenlosem Portal, auf dem proaktiv Daten eingestellt werden. Wir unterstützen das Rollout der E-Akte, wollen Verwaltungsleistungen digitalisieren und treiben den Breitbandausbau mit Glaserfaser voran. Um Erfahrungswissen und Fachkräftemangel zu begegnen ist ebenso eine Verwaltungsreform sinnvoll, da bis 2025 rund 13.300 Landesbedienstete in Thüringen ausscheiden. Rot-Rot-Grün hat einen solchen ersten Schritt Ende 2018 auf den Weg gebracht und 19 Behörden, Anstalten, Einrichtungen und Landesbetriebe zu drei Landesoberbehörden zusammengefasst, in einem weiteren Schritt sollte die Zweistufigkeit der Verwaltung erreicht werden. Zugleich unterstützen wir neben der verstärkte Digitalisierung der Verwaltung und auch die interkulturelle Öffnung samt ausreichend Möglichkeiten der Nachqualifizierung, aber auch offensives Werbung wie z.B. die Lehrerkampagne in Thüringen. Es gilt Fachkräfte zu entwickeln und ausbilden, sowie gute Löhne zu zahlen und stabile Arbeitsbedingungen zu schaffen, die auch "weiche Faktoren" wie moderne Arbeitszeit umfassen. Wir wollen zudem Weiterbildungsangebote für Betriebsund Personalräte und Unternehmensleitungen schaffen, um offene und interkulturelle Unternehmenskonzepte zu entwickeln. Auch für diesen Themenkomplex haben wir die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst deutlich gestärkt. Für einfache Verwaltungsauskünfte und eine Verbesserung der Abläufe setzen wir auf ein modernes Transparenzgesetz, damit in einem Transparenzportal Informationen proaktiv bereitgestellt und Synergieeffekte geschaffen werden – dieses Gesetz haben wir im September 2019 im Landtag beschlossen.

c. Forciert Ihre Partei die Motivation und Qualifikation lokalpolitischer Entscheidungsträger?

Für DIE LINKE. Thüringen bilden die selbstverwalteten Kommunen das Fundament einer zukunftsorientierten, demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft. Für eine tatsächliche kommunale Selbstverwaltung ist es nach unserer Auffassung wichtig, die Bürgerinnen und Bürger an ihren eigenen Angelegenheiten zu beteiligen – durch umfassende Demokratie, Transparenz und Öffentlichkeit nach dem Prinzip der gläsernen Rathäuser und Landratsämter. Um Motivation und Qualifikation lokalpolitischer Entscheidungsträger zu forcieren, bedarf es einer weiteren Unterstützung und Stärkung des kommunalpolitischen Ehrenamtes. Einen ersten Schritt hat die rot-rot-grüne Landesregierung mit der Überarbeitung der Entschädigungsverordnung getätigt. Mit der Verordnung, welche seit 1995 nicht mehr geändert wurde, wurden die

Entschädigungshöchstbeträge für kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger deutlich erhöht.

d. Verfolgt Ihre Partei eine Gebiets- und Verwaltungsreform?

Im Zusammenhang mit der freiwilligen Gemeindegebietsreform hat die rot-rot-grüne Koalition in dieser Legislaturperiode über 200 Millionen Euro für Fusionsprämien und Entschuldungshilfen zur Verfügung gestellt. Dies entspricht über 11 Prozent der Schulden aller Gemeinden in Thüringen. Mit drei Gemeindeneugliederungsgesetzen und den Leitlinien zur Neugliederung der Gemeinden wurden die Voraussetzungen für leistungsfähige kommunale Strukturen geschaffen. Fast die Hälfte der Gemeinden in Thüringen hat somit freiwillig die Chance zur Schaffung zukunftsfester Strukturen genutzt. Wir werden den Prozess zur Schaffung leistungsfähiger kommunaler Strukturen auf Basis der Freiwilligkeit weiterführen – vor dem Hintergrund demografischer Entwicklung im Freistaat Thüringen und der Herausforderungen an eine moderne Verwaltung. Die Bildung zukunftsfähiger Gemeindestrukturen werden wir unterstützen. Ebenso werden wir die Übertragung von Landkreisaufgaben auf die gemeindliche Ebene prüfen und dann einleiten, wenn die zu lösenden Fragen und Probleme unmittelbar vor Ort besser entschieden und gelöst werden können.

## 3. Ausbildung und öffentlichen Dialog stärken

a. Wird Ihre Partei dafür sorgen, die Qualität der Ausbildung an den Thüringer Hochschulen zu steigern?

Universitäten sind in erster Linie Lehr-, Lern- und Lebensorte von ca. 50 000 Studierenden und Wirkungsstätten von knapp 20 000 Beschäftigten und Tätigen in der Lehre. Sie alle gestalten Hochschulen in Thüringen. Für DIE LINKE. Thüringen gilt: Hochschulen müssen als offene, soziale, global nachhaltige und demokratische Einrichtungen gestaltet und verstanden werden, an denen Lehre und Forschung sich frei und unabhängig entwickeln können. Wir werden die Grundfinanzierung der Hochschulen in Thüringen sichern. Dazu wollen wir auch nach 2020 eine kontinuierliche Steigerung der Landesmittel um 4 Prozent für die Hochschulen verankern. Die Ausgestaltung der Finanzierungsverfahren und vereinbarungen zwischen Land und Hochschulen wollen wir überprüfen. Um weitere Verbesserungen in den Bereichen Gleichstellung, Inklusion, Internationalisierung und Studienbedingungen zu erreichen, wollen wir die aktuellen Steuerungsinstrumente weiterentwickeln. Wir wollen mit den Hochschulen gemeinsam einen Investitionsplan Hochschulbau 2030 auf den Weg bringen, um den Sanierungsstau an den Hochschulen weiter abzubauen. Die Thüringer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft lebt von Kooperation. Wir werden die Hochschulen bei standortübergreifenden Kooperationen in Forschung und Lehre im Rahmen der Entwicklungsplanung unterstützen. Wir machen uns auch dafür stark, dass die Länder besser bei der grundständigen Finanzierung der Hochschulen und insbesondere der Lehre unterstützt werden. Der Bund muss dazu den Hochschulen und Ländern mit einem dauerhaften und regelmäßig aufwachsenden Hochschulpakt unter die Arme greifen. Auch mehr Mitbestimmung und Feedbackprozesse der Studierenden fördern die Qualität der Ausbildung: Mit dem neuen Hochschulgesetz

haben wir die Mitbestimmung der Studierenden in den Hochschulgremien daher deutlich ausgebaut. Die Studierbarkeit und der Studienerfolg hängen maßgeblich von der Qualität der Lehre ab. Deshalb wollen wir dem Qualitätsmanagement an den Hochschulen besonderes Augenmerk widmen. Wir wollen eine Lernmittelpauschale einrichten, mit der alle Studierenden im ersten Semester die notwendigsten Lehr- und Lernmaterialien beschaffen können. So können Studierende finanziell entlastet werden. Auch der Einsatz für eine BaföG-Reform ist notwendig, damit Studierende sich ohne Nebenjobs und Geldsorgen auf ihr Studium konzentrieren können. Daher fordern wir elternunabhängige und armutssichernde Ausbildungsförderung in Höhe von 1.050 Euro für alle. Gute Lehre gelingt jedoch auch nur mit nicht überarbeiteten und fair behandelten Beschäftigten. Daher haben wir mit dem neuen Thüringer Hochschulgesetz die Hochschulen verpflichtet, verbindliche Rahmenvorgaben für Gute Arbeit für alle Beschäftigten zu erlassen. Wir haben Regelungen für mehr Familienfreundlichkeit und Gleichstellung im Sinne der Beschäftigten festgeschrieben. Lehrkräfte für besondere Aufgaben an den Fachhochschulen erhalten den gleichen Lohn wie ihre Kolleginnen und Kollegen an den Universitäten. Der besseren Vergütung der Lehrbeauftragten haben wir den Weg bereitet, insbesondere durch die gesetzliche Berücksichtigung der Vor- und Nachbereitung als Arbeitszeit. Wir unterstützen den wissenschaftlichen Nachwuchs durch die gesetzliche Verankerung der Promovierendenvertretung und verbindliche Qualifizierungsvereinbarungen. Diesen Weg werden wir weitergehen, um Gute Arbeit an den Hochschulen zur Regel zu machen: Wir wollen neben einer Rahmendienstvereinbarung auch einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an den Hochschulen, der einen Mindestlohn, Mindestvertragslaufzeiten sowie Rechte und Pflichten verbindlich regelt. Die studentischen Beschäftigten sollen zudem die Möglichkeit bekommen, ihre Belange in den Personalräten der Hochschulen zu vertreten. Zudem sollen Lehrbeauftragte und Honorarkräfte durch Personalräte vertreten werden können. Wir stehen zum Prinzip Dauerstellen für Daueraufgaben. Die Rahmenvorgaben für Gute Arbeit an den Hochschulen werden wir auf ihre Wirkung hin prüfen. Wir plädieren für alternative Karrierewege jenseits der Professur und unterstützen die Hochschulen bei der Einrichtung von unbefristeten Stellen. Dazu setzen wir uns für Anpassungen der Gesetzgebung des Bundes ein. Lehrbeauftragte sollen ausschließlich für den Wissenstransfer aus der Praxis an die Hochschulen angestellt werden. Wir werden Schlupflöcher zum missbräuchlichen Einsatz schließen und Möglichkeiten zur Mitwirkung der Lehrbeauftragten in den Hochschulgremien schaffen.

#### b. Fördert Ihre Partei den Ausbau des berufsbegleitenden Lernens?

DIE LINKE wird sich einmischen, damit Beschäftigte von den neuen Möglichkeiten technologischer Entwicklung profitieren, statt schärfere Ausbeutung zu erleiden. Das bedeutet für uns einen Vorrang für Weiterbildung, Qualifizierung und lebensbegleitendes Lernen. Deshalb haben wir DIE LINKE. Thüringen gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern über die Weiterbildungsrichtlinie zahlreiche Projekte gefördert, die neue Strategien der Fortund Weiterbildung im digitalen Zeitalter erproben. Für das Schuljahr 2019/20 haben wir eine erste "Berufsschule 4.0" etabliert, um attraktive und zukunftsgewandte Berufsbilder und Ausbildungswege zu erproben. Weder das Fortschreiten der Globalisierung noch das Fortschreiten der Digitalisierung werden aufzuhalten sein. Das wäre auch nicht begrüßenswert: Die Informationsgesellschaft eröffnet uns viele Möglichkeiten; Computer und Roboter werden uns künftig schwere körperliche oder eintönige Tätigkeiten verstärkt

abnehmen. Wichtig ist, dass der Mensch im Mittelpunkt aller Überlegungen steht. Deshalb will DIE LINKE. Thüringen einen langfristigen Monitoring- und Werkstattprozess "Arbeit und Leben in Zukunft" anregen in Verbindung mit Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften in Thüringen, um eine Faktenbasis für anstehende Veränderungen zu schaffen und rechtzeitig darauf reagieren zu können. Unternehmen, Betriebs- und Personalräte wollen wir beim betrieblichen Gesundheits-management unterstützen und Weiterbildungsstandards etablieren und verbessern. Außerdem machen wir uns für eine Bildungsoffensive "Moderne Arbeitswelt" stark, um jetzige und künftige Beschäftigte über Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte aufzuklären, über Handlungsoptionen zu beraten und interkulturelle Kompetenz zu stärken. Damit Lernen lebensbegleitend möglich bleibt, wollen wir die Erwachsenenbildung weiter ausbauen. Unser Alltag ist komplexer geworden. Die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der letzten Jahre und der Wandel in der Arbeitswelt stellen uns alle vor Herausforderungen. Die Erwachsenen- und Weiterbildung hat eine besondere Rolle, um unter diesen Bedingungen die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen im sozialen Miteinander garantieren zu können. Die Erwachsenenbildung trägt mit den Bildungsangeboten in Politik, Gesundheit, Kultur, Sprache und Arbeit sowie in der Grundbildung und Alphabetisierung dazu bei, dass Menschen sich nach ihren Bedürfnissen und Wünschen entwickeln können. Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind mehr als außerschulische Orte, an denen Zertifikate erworben werden können. Sie sind Begegnungsorte und verbinden Menschen unterschiedlicher Herkunft. Deshalb hat Rot-Rot-Grün in den letzten Jahren einiges getan, um die Erwachsenenbildung in Thüringen zu stärken: Wir haben ein Bildungsfreistellungsgesetz geschaffen, um Beschäftigten Zeit für ihre Weiterbildungswünsche zu geben. Wir haben die Grundförderung der Volkshochschulen und freien Träger der Erwachsenenbildung um über 2,2 Millionen Euro und damit um 25 Prozent erhöht. Wir haben mit zusätzlichen finanziellen Mitteln für die Angebote von Sprachkursen, Integrationskursen und Grundbildung die Volkshochschulen dabei unterstützt, ihrer Verantwortung als Orte der Integration gerecht zu werden. Die Herausforderungen werden in den kommenden Jahren aufgrund des fortschreitenden gesellschaftlichen Wandels hoch bleiben. Deshalb will DIE LINKE. Thüringen den begonnenen Weg konsequent weitergehen: Wir wollen das Bildungsfreistellungsgesetz für mehr Beschäftigte öffnen. Auch in kleinen Betrieben soll es einen Anspruch geben – und auch Auszubildende sollen fünf Tage Bildungsfreistellung pro Jahr wahrnehmen können. Wir wollen, dass Gute Arbeit zum Standard in der Erwachsenenbildung wird und die Einrichtungen der Erwachsenenbildung dazu finanziell besser ausstatten. Wir wollen mit einem Investitionspaket die Einrichtungen beim Abbau von Barrieren und beim Ausbau digitaler Bildungsangebote unterstützen. Ebenso sollen Bildungsangebote zu Demokratie und zur menschenrechtsorientierten Bildungsarbeit eine langfristige Finanzierungsperspektive bekommen, um Angebote nachhaltig aufzubauen. Wir wollen eine Weiterbildungsprämie für Menschen mit niedrigem Einkommen einführen, um das Erreichen individueller Bildungsziele zu erleichtern. Wir wollen ein Modellprojekt zu mobiler und dezentraler Erwachsenenbildung auf den Weg bringen, um älteren Menschen und Menschen im ländlichen Raum den Zugang zur Erwachsenenbildung zu erleichtern über Angebote wie E-Learning und Onlinekurse oder einen mobilen Bildungsbus. Wir wollen Möglichkeiten schaffen, die alle Menschen lebensbegleitend im sicheren Umgang mit digitalen Medien, Kommunikationswegen und der zugrunde liegenden Technik stärken. Im staatlichen Bereich wollen die Weiterbildung von Polizei und Staatsanwaltschaften professionalisieren und verstetigen – insbesondere zu aktuellen Erscheinungsformen von Neonazismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus. Wir wollen, dass für die Betreuungsrichterinnen und -richter ausreichend spezielle Weiterbildungsangebote zur

Verfügung stehen und sie gerade auf diesem Gebiet ihrer dienstlichen Fortbildungsverpflichtung nachkommen. Wir wollen erreichen, dass Weiterbildungsangebote für Familienrichterinnen und –richter zum Themenkreis Häusliche Gewalt unter Berücksichtigung des Kinderschutzes verpflichtend sind.

c. Gestaltet Ihre Partei zielführend den Planungsdialog von Lokalpolitikerinnen und - politikern mit Bürgerinnen und Bürgern?

Wir wollen die Kommunen gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu "Beteiligungskommunen" weiterentwickeln, in denen auch alternative Beteiligungsmodelle erprobt werden können. Die umfassende und möglichst frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Planungsvorhaben und Großprojekten muss wirksam ausgebaut werden.

#### 4. Wirtschaft fördern

a. Bringt Ihre Partei die Wirtschaft in Thüringen weiter voran?

DIE LINKE Thüringen steht an der Seite der Thüringer Beschäftigten, als Quelle der Wertschöpfung in Thüringen. Wir DIE LINKE kennen die Struktur der Thüringer Wirtschaft genau und wissen ihre Vielfalt und Stärken zu schätzen und zu fördern. Für das Leitthema "Fachkräfte ausbilden, halten und finden" gilt für uns ganz klar "Gute Arbeit für Gute Löhne!". Hierbei gehen wir als gutes Vorbild mit der Landesvergabe mit einem vergabespezifischen Mindestlohn von 11,42€ voran. Unternehmen, die wirtschaftlich und sozial auch auf längere Sicht denken und für die Mitbestimmung, Vielfalt und Ausbildung wichtig ist, sind bei uns genau richtig. Wir wollen die Thüringer Wirtschaft zukunftsfest also sozial und ökologisch ausrichten: Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur, 500Mio.€ haben wir für den Breitbandausbau in Thüringen zur Verfügung gestellt. Wir fördern KMU z.B. durch den Digitalbonus und durch ein künftiges KMU Fördergesetz, wollen wir vorhandene Maßnahmen bündeln und zielgenau auf deren Bedürfnisse ausrichten in punkto Vernetzung, Vertrieb, Marketing, Marktzugang, Digitalisierung, Exportförderung und Finanzierung. Weitere Schwerpunkte sind die Vernetzung von Forschung und Wirtschaft, regionale Wertschöpfungsketten und Unternehmens-nachfolgen, z.B. durch genossenschaftliche Mitarbeiternachfolgeprogramme und eine Meistergründungsprämie. Mit einem Förderprogramm "Zweite Chance" wollen wir zunächst gescheiterten Gründer\*innen einen neuen Anlauf ermöglichen. Wir werden Arbeit und Erfolge von Unternehmer\*innen sichtbarer und Infos zu Angeboten mehrsprachlich anbieten, um Frauen und Migrant\*innen zur Selbstständigkeit zu ermutigen. Im Bereich der Unternehmensnachfolgen als Teil der Gewerbeanmeldungen positioniert sich Thüringen auf einem Spitzenplatz im bundesweiten Vergleich. Auch im Ausland wird unser Erfolgskurs anerkannt: Die Ansiedlung von CATL, sind das Ergebnis guter und harter Arbeit mit wirtschaftspolitischem Sachverstand und unserem Angebot an wirtschaftsnahen Forschungsinstituten und der höchsten Forscher\*innendichte pro Einwohner\*in in Deutschland. Auch die Zahlen zur Lage der Thüringer Wirtschaft drücken aus, dass wir als Industrieland auf einem sehr guten Weg sind, den wir in der nächsten Legislatur weiter

beschreiten wollen. 62 Europa- oder Weltmarktführer sind in unserem Freistaat beheimatet. Die Wachstumszahlen in Bezug auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, Wirtschaftswachstum und Umsatz sowie sinkende Arbeitslosenquoten und auch die hervorragenden Zahlen zu Hoch- und Spitzentechnologiegründungen und Gründungen mit besonderer wirtschaftlicher Substanz markieren unsere Spitze im bundesweiten Vergleich. Knapp 60% sind mit der Unternehmen sind mit der Wirtschaftspolitik der Landesregierung unter der Führung von DIE LINKE zufrieden, daher werden wir unseren guten Weg weiter beschreiten.

# b. Unterstützt Ihre Partei die regionale Wertschöpfung?

Regionale Wertschöpfung ist ein Schlüssel zur klimafreundlichen Sanierung der Wirtschaft in Thüringen. Sie beschreibt einerseits die Förderung von Produktion vor Ort, um lange Transportwege und hohe damit verbundene Emissionen zu vermeiden, Substitution von bisher genutzten nicht nachwachsenden importierten Rohstoffen und damit verbundenen Prozessen durch lokal wachsende Rohstoffe und damit verbundene Produktionsprozesse. Zum anderen sind die Kleinst-, Klein – und Mittelständischen Unternehmen vor allem im Bereich der regionalen Wertschöpfung aktiv und sorgen z.B. für die Instandhaltung der Infrastruktur und Wohngebäude. Auch die Förderung der Kreislaufwirtschaft bezieht sich auf regionale Wertschöpfung indem Materialkreisläufe in Bezug auf Recycling, Upcycling und Downcycling. Kommunale Unternehmen müssen verstärkt zusammen-arbeiten und neue Tätigkeitsfelder erschließen. So stärken wir die regionale Wertschöpfung und können innovative Versorgungsmodelle unterstützen. Diese Aspekte wollen wir auch in der kommenden Legislatur fördern, indem wir die regionale Wirtschaftsförderung neu ausrichten anhand Kriterien Guter Arbeit und ökologischer Nachhaltigkeit. Zum anderen planen wir ein Fördergesetz für KMU um Unternehmen, die im Bereich der regionalen Wertschöpfung aktiv sind besser zu unterstützen.

# c. Begegnet Ihre Partei dem stetig steigenden Fachkräftemangel im Freistaat?

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, wollen wir zunächst für eine Erleichterungen bei der Zuwanderung sorgen, denn Fachkräftestudien belegen dass zur Fachkräftesicherung die endogenen Potenziale in Thüringen nicht ausreichen werden. Zugleich wollen wir die duale Ausbildung stärken und die berufliche Qualifizierung und Weiterbildung fördern. Zukünftig wird auch die Stärkung digitaler Kompetenzen von großer Bedeutung sein. Aber auch die Attraktivität der Arbeitsplätze hinsichtlich Entlohnung und Karrieremöglichkeiten spielen eine wichtige Rolle. Hier stehen die Unternehmen in der Pflicht, für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen.

# 5. Vergabe öffentlicher Aufträge qualitätsorientiert gestalten – Planungswettbewerbe stärken

a. Kann die bestehende Benachteiligung kleinerer und mittlerer Büros sowie des beruflichen Nachwuchses bei Auftragsvergaben (VgV-Verfahren/ Wettbewerben) durch Regelungen abgebaut werden?

Rechtliche Regelungen für große Aufträge ab einem gewissen Schwellenwert EU-weit auszuschreiben und/oder Bundesrecht anzuwenden schränkt die Möglichkeiten von kleineren und mittleren Büros bei kleinerer Ressourcenausstattung ein, erfolgreich an solchen Wettbewerben teilzunehmen. Auf Bundesebene wurden vor 3 Jahren die Eignungskriterien angepasst. Es erfolgte eine ausdrückliche Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen in der neuen VgV auch mittels der amtlichen Begründung, die den bisherigen Missbrauch der Eignungsanforderungen und Benachteiligung der KMU betont. Die neuen Vorgaben betreffen die Anpassung des Mindest-jahresumsatz, die Eignungsleihe durch Regelung der Nachunternehmereinsätze, sowie mittelstandsfreundliche Eignungskriterien und dem Abbau von hohen Anforderungen an Referenzen. Die sich daraus ergebenden Entwicklungen werden wir beobachten und ggf. dann auch für die Landesvergabe diskutieren. Um diskriminierungsfreie und differenzierende Vergabematrizzen zu erstellen, bedarf es jedoch auch aus Sicht von DIE LINKE Thüringen einer Weiterbildungsoffensive der Vergabestellen in diesem Bereich ebenso wie in Bezug aus sozial-ökologische Vergabekriterien. Auch über Rotationsmechanismen kann diskutiert werden, ebenso wie über welche Verfahren im Unterschwellenbereich und in Bezug auf welche Auftragsvolumen kleine und mittlere Büros oder Nachwuchs besser berücksichtigt werden können, da hier keine öffentliche Ausschreibungen sondern lediglich die Einholung einiger (selektiver) Angebote erforderlich ist.

b. Setzen Sie sich dafür ein, die Existenz von Planungsbüros in Thüringen, die mehrheitlich Kleinstunternehmen und kleine Unternehmen sind, zu sichern?

DIE LINKE Thüringen setzt sich für faire Wettbewerbsbedingungen ein, sodass kleine und mittlere Büros kein Nachsehen haben. Welche rechtlichen Wege es für die Unterstützung von ansässigen KMU gibt werden wir in der kommenden Legislatur diskutieren und die Ergebnisse in unser geplantes KMU-Fördergesetz einfließen lassen.

c. Tritt Ihre Partei für die Stärkung des Leistungswettbewerbes ein?

DIE LINKE Thüringen will keinen Wettbewerb um den niedrigsten Preis, sondern um Planungs-leistungen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, ökologischen Kriterien gerecht werden und eine gute, sichere Bezahlung der Leistungen bieten. Grundsätzlich lehnen wir es ab, bislang sinnvoll regulierte freiberufliche Tätigkeiten einem reinen Preiswettbewerb zu unterwerfen. Entsprechend haben wir uns auf Bundesebene in der Debatte zur HOAI-Novellierung positioniert und beobachten und begleiten die erforderlichen Neuregelungen, die durch das diesjährige EugH-Urteil zu Unter- und Obergrenzen bei Planungsleistungen erforderlich sind, kritisch. Hier darf es zu keiner Dumping-Honorar- oder Dumping-Pauschalhonorarspirale kommen. Auch fordern wir die

Rückführung der originären Planungsleistungen in den verbindlichen Teil der HOAI, um so den Preis- und Dumpingdruck zu senken. Außerdem setzen wir uns für die stärkere Verankerung von Klima- und Umweltschutzbelangen im Planungs- und Baurecht ein. DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einer zeitgemäßen Honorarordnung, die als öffentliches Preisrecht laut EU-Dienstleistungs-richtlinie verbindlich eingehalten wird. Die Höhe der Honorare muss regelmäßig angepasst werden, sollte sich am allgemeinen Preisindex orientieren und vor allem eine finanziell und sozial gesicherte Existenz ermöglichen und garantieren. Darüber hinaus setzt sich die LINKE für eine Stärkung des Binnenmarktes durch öffentliche Investitionen und für eine steuerliche Entlastung mittelständischer Betriebe, für faire Arbeitsbedingungen und die soziale Absicherung ihrer Beschäftigten ein. Außerdem werden wir uns in der nächsten Legislatur für die Überarbeitung der Thüringer Bauordnung einsetzen, um ökologischeres Bauen systematisch zu erleichtern, Antragsverfahren vereinfachen und zu beschleunigen und auch hinsichtlich des BIM-Verfahrens anzupassen.

d. Unterstützt Ihre Partei die Digitalisierung und die damit verbundenen Maßnahmen für die Infrastruktur?

Die Digitalisierung unserer Gesellschaft schreitet voran. DIE LINKE. Thüringen will sicherstellen, dass der Fortschritt zuerst den Menschen zugutekommt. Eine zwingende Voraussetzung dafür ist ein umfassender Breitbandausbau, der niemanden vergisst. Gesellschaftliche Teilhabe wird auch von der Verfügbarkeit eines schnellen Internetanschlusses mitbestimmt. Kommunen und Gebiete in denen Internetanbieter nicht ausreichend tätig werden, wollen wir mit einer Landesbetreibergesellschaft mit Knowhow, Planung, Beratung und Antragstellung unterstützen, um durch einen Ausbaumix schneller zu einem flächendeckenden Breitbandausbau zu kommen. Deshalb haben wir 450 Millionen Euro EU-Mittel, Bundes- und Landesmittel in den vergangenen Jahren für zukunftsfähige Netze bereitgestellt und weitere Schritte festgelegt: Mit unserem Pilotprojekt für ein freies kommunales WLAN-Netz in Gera haben wir wichtige Erkenntnisse für nachfolgende Initiativen gewonnen. Anschlüsse im Gigabitbereich erhalten Gewerbegebiete und Unternehmen bis 2022, alle Bildungseinrichtungen bis 2023, alle Verwaltungseinrichtungen bis 2024 und spätestens 2025 auch alle anderen Gebäude. Statt Insellösungen zu schaffen, werden Anliegerinnen und Anlieger sofort mitangebunden. Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist ambitioniert, aber notwendig, um Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. Beides muss für DIE LINKE. Thüringen durch eine politische Rahmensetzung verbunden werden, um schnelles Internet für alle verfüg- und bezahlbar zu machen. Wir werden in Thüringen den flächendeckenden Breitbandausbau mit Glasfaser erreichen. Mindestens jedes Haus, besser jede Wohnung und jedes Geschäft werden direkt ans Glasfasernetz angeschlossen. Städtische Ballungsräume brauchen flächendeckende WLAN-Netze in öffentlicher Hand. Hier müssen die vielen Freifunkinitiativen in Thüringen mit ihren Erfahrungen und Erwartungen eingebunden werden. Mobiles Internet ist mehr als nur WLAN: Wir wollen in Thüringen bei Einführung der Mobilfunktechnologie der 5. Generation (5G) vorangehen. Davon sollen nicht nur städtische, sondern auch ländliche Räume rasch profitieren. Wir werden weiterhin für eine umfassende Netzneutralität streiten, damit der Zugang zu schnellen Datenwegen nicht vom Geldbeutel abhängig gemacht wird. Wir unterstützen Initiativen, die Breitbandversorgung aus der Hand weniger Telekommunikationskonzerne in öffentliches Eigentum zu überführen oder genossenschaftlich zu organisieren. Ebenfalls wollen wir in den Verwaltungen die Nutzung

bzw. Anwendung von E-Gouvernement vorantreiben und ausbauen. Mit entsprechender Gesetzesnovellierung haben wir in dieser Legislatur erste Umsetzungsmaßnahmen auf den Weg gebracht bzw. die Möglichkeiten dazu eingeräumt. Auch wollen wir die Voraussetzungen für die flächendeckende Einführung und Nutzung der vernetzten Planung mit der BIM-Methode (Bauwerksdatenmodellierung - Building Information Modeling) schaffen.

Erfurt, 02. Oktober 2019